

# Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen

Postfach 8302  
3001 Bern  
eltern\_g\_drogen@bluewin.ch  
www.elterngegendrogen.ch  
PC 30-7945-2

Bern, 10. Oktober 2007

**Besuchen Sie unsere Website:**  
[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

## MEDIENMITTEILUNG

# Die Schweizer Drogenpolitik in der Sackgasse!?

Zu den vier Säulen:

## PRÄVENTION

**Ist-Zustand:** Die Suchtprävention in der Schweiz hat weitgehend versagt. Einerseits wurde sie seit den 90er Jahren von den falschen Personen betrieben, andererseits war ihre Zielsetzung: «Kindern und Jugendlichen müssen lernen mit Suchtmitteln umzugehen», falsch. Mit der Gleichstellung von Süchten, wie zum Beispiel Drogensucht und Putz-, Arbeits- und Fernsehsucht, wurde die Definition von Suchtmitteln missachtet! Denn Suchtmittelkonsum wirkt auf den Menschen gesundheitsschädigend, rauscherzeugend und abhängig machend! Diese jahrelange Verharmlosung in der Drogenprävention und die Nichtzurkenntnisnahme, dass der THC-Wert des Cannabis seit den 68er Jahren durch Hochzüchtung in Indoor-Anlagen bis 20mal gesteigert wurde, hat zu einem Desaster geführt! Arbeitslose, bereits vom Sozialamt oder der IV abhängige, Suizid gefährdete, psychotische, gewalttätige Jugendliche sind das Resultat dieser verfehlten Drogenprävention!

**Unsere Forderungen:** Reduktion der Nachfrage durch die Begeisterung der jungen Menschen für einen gesunden Lebensstil und durch sachliche Aufklärung über die Gefahren und Auswirkungen des Drogenkonsums. Problembewältigung mit Hilfe erwachsener Vorbilder und Gesprächspartner. Eine staatliche Massnahme ist die Schaffung eines neuen Ausbildungsganges an einer Schweizer Universität: Ein Gesundheitserzieher, welcher einerseits Sport, andererseits Gesundheitsprävention unterrichtet.

## THERAPIE

**Ist-Zustand:** Seit Drogensüchtige als Kunden aus verschiedenen «Hilfsangeboten» eine Auswahl treffen können, zu der sie allerdings wegen der psychotropen Wirkung und des Abhängigkeitspotentials der Drogen nicht fähig sind, müssen abstinentorientierte Therapien wegen Unterbelegung ihre Tore schliessen. Oder sie müssen ihre Klienten jederzeit ziehen lassen, zum Beispiel in den Ausgang, von welchem sie oft wegen einer Überdosis nicht mehr zurückkommen. Das Versprechen an Bürgerinnen und Bürger, dass Süchtige nach einer Stabilisierung an stationäre Therapien weitergeleitet würden, ist eine Lüge. Jede Institution versucht, ihre Klienten möglichst zu halten. Die Nichtbehandlung der Drogenabhängigkeit führt zu kaum zu bewältigenden Problemen wie Gewaltbereitschaft, Kriminalität und erhöhte, finanzielle Mittel für den Fürsorgebereich und die Repression.

**Unsere Forderungen:** Die Kosten/ Nutzen-Rechnung der Hilfsangebote im Drogenbereich sowie deren Nachhaltigkeit muss unbedingt von einer politisch neutralen Stelle eruiert werden. Dabei muss eine ehrliche Definition getroffen werden, denn Therapie bedeutet Heilbehandlung. Deshalb muss die Methadon- und Heroinabgabe zu der Schadensminderung/Überlebenshilfe gezählt werden. Das Suchtmittel «Diaphin» (Heroin) muss von der Heilmittelliste gestrichen werden und die Krankenkassen dürfen keine Suchtmittel finanzieren. Es müssen dringend abstinenzorientierte, geschlossene Therapieinstitutionen mit Lehrstellen und Ausbildungsplätzen (wie San Patrignano bei Rimini) geschaffen werden. Die Ursache von Drogentoten muss statistisch erfasst werden; die Verschleierung von Tatsachen, indem bei Drogentoten ein Herz- oder Nierenversagen angegeben wird, muss gestoppt werden.

## REPRESSION

**Ist-Zustand:** Der Cannabisanbau mit einem Umsatz von 2 Milliarden im Jahr und die Internationale Drogenhanfmesse in Bern, die nirgends auf der Welt durchgeführt werden könnte, sind Zeichen dafür, dass die liberale Drogenpolitik die dringend nötige Repression seit Jahren unterdrückt. Auch wird in der Schweiz gekiffert wie in keinem anderen Land, mit den bekannten, verheerenden Auswirkungen.

Seit der Einführung der Fixerräume und Heroinabgabestellen wickeln Drogendealer ihre Geschäfte in deren Nähe ab, da sich dort ihre Kundinnen und Kunden aufhalten, denn 80% der HeroinbezügerInnen kaufen noch andere Drogen auf dem Schwarzmarkt. Schon 16 bis 20-Jährige spritzen, sniffen und rauchen unbehelligt im Fixerraum ihre Drogen. Verwahrloste Drogensüchtige vegetieren seit Jahren auf Staatskosten dahin, ohne dass versucht wird, deren Lebenssituation zu ändern. Die Kosten eines Drogenabhängigen belaufen sich auf ca. 100'000 Franken pro Jahr.

**Unsere Forderungen:** Das Kiffen und Anbauen von Drogenhanf muss gebüsst werden. Auch der Ameisenhandel, das heisst der Handel mit kleinen Drogenmengen und der Besitz von Drogen zum Eigenkonsum muss bestraft werden. Rechtsfreie Räume dürfen nicht toleriert werden. Das Betäubungsmittelgesetz muss in der Praxis umgesetzt werden, sonst verliert der Rechtsstaat jedes Vertrauen und wird ein Anziehungspunkt für die Drogenmafia. Verwahrloste Drogensüchtige müssen mit einem fürsorglichen Freiheitsentzug einer Therapie zugeführt werden.

## SCHADENSMINDERUNG/ÜBERLEBENSHILFE

**Ist-Zustand:** Damit die Schweizer Bevölkerung überhaupt den niederschweligen Angeboten zugestimmt hat, wurden anfangs der 90er Jahre offene Drogenszenen toleriert; es wurden lediglich saubere Spritzen abgegeben, sonst liess man die Süchtigen und Dealer gewähren. Die Polizei «durfte» die Drogenszenen erst auflösen, als Fixerräume, Notschlafstellen usw. geschaffen waren. Mit Lügen wie die Illegalität, die Kriminalisierung und der unreine Stoff sei das Problem der Drogensüchtigen, aber auch die Repression habe versagt, wurde die weltweit liberalste Drogenpolitik und die Revision des Betäubungsmittelgesetzes begründet. Obschon die Heroinabgabe wegen des Beikonsums nicht funktioniert, lediglich 5% Ausstiegswillige keine Schadensminderungsmassnahmen rechtfertigen und die UNO-Drogenkontrollbehörde unsere liberale Drogenpolitik mit den unwissenschaftlichen Begleitforschungen als gescheitert betrachtet, werden die Schadensminderungsangebote ausgebaut. Sie verschlingen heute schon 4 Milliarden Steuergelder.

**Unsere Forderungen:** Die Schadensminderung/Überlebenshilfe ist ein Misserfolg ohne Nachhaltigkeit. Deshalb müssen die Methadon- und Heroinabgabe zeitlich beschränkt werden. Fixerräume und Drogenabgabestellen müssen längerfristig geschlossen werden. Bei den Süchtigen muss eine Dosisreduktion erfolgen und zwar in einer Klinik. Drogenkranke Menschen brauchen eine intensive Betreuung, Gefängnisse sind dazu ungeeignet! Ärzte dürfen keine Bewilligungen (wie beim Methadon) für Heroinverschreibungen erhalten, da sonst die Transparenz wegen des Arztgeheimnisses fehlen würde.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen, Halen 18, 3037 Herrenschwanden, Tel. 031 302 32 92, s.g.s@bluewin.ch.